

9. FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG

Gemeinde Berg im Gau im Parallelverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Schornhof III“

Begründung mit Umweltbericht

Gemeinde Berg im Gau

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

Herzoganger 1, 86529 Schrobenhausen



Vorentwurf: 25.06.2024

Entwurf: 19.11.2024

Erneuter Entwurf: 22.07.2025

Endfassung: 01.10.2025

Entwurfsverfasser:

NEIDL + NEIDL

Landschaftsarchitekten und Stadtplaner

Partnerschaft mbB
Dolesstr. 2, 92237 Sulzbach-Rosenberg
Telefon: +49(0)9661/1047-0
Mail: info@neidl.de // Homepage: neidl.de



Inhaltsverzeichnis

A	PLANZEICHNUNG	4
B	DARSTELLUNG	4
C	VERFAHRENSVERMERKE	4
D	BEGRÜNDUNG	4
1.	Gesetzliche Grundlagen	4
2.	Planungsrechtliche Voraussetzungen	4
2.1	Landesentwicklungsprogramm	4
2.2	Regionalplanung	5
3.	Erfordernis und Ziele	6
4.	Räumliche Lage und Größe	6
5.	Gegenwärtige Nutzung des Gebietes	6
6.	Landschaftsbild	7
7.	Standortprüfung	8
8.	Denkmalschutz	8
E	UMWELTBERICHT	10
1	Einleitung	10
1.1	Kurzdarstellung des Inhalts und wichtiger Ziele der Bauleitplanung	10
1.2	Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, und ihrer Berücksichtigung	10
2.	Bestandsaufnahme und Bewertung der Umweltauswirkungen einschließlich der Prognose bei Durchführung der Planung	12
2.1	Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)	12
2.1.1	Umweltmerkmale	12
2.2	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung	16
2.2.1	Auswirkung auf die Schutzgüter	16
2.2.2	Auswirkungen auf Erhaltungsziele und den Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes	18
2.2.3	Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt	18
2.2.4	Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter	18
2.2.5	Auswirkungen auf die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern	19
2.2.6	Auswirkungen auf die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie	19
2.2.7	Auswirkungen auf die Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts	19
2.2.8	Auswirkungen auf die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	19
2.2.9	Auswirkungen auf die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes	20
2.3	Beschreibung der Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung oder Ausgleich von erheblichen Umweltauswirkungen	21
2.3.1	Vermeidungsmaßnahmen bezogen auf die verschiedenen Schutzgüter	21
2.3.2	Landschaftspflegerische Maßnahmen und Festsetzungen	21
2.3.3	Ausgleich unvermeidbarer Beeinträchtigungen / Eingriffsregelung	21
2.4	Alternative Planungsmöglichkeiten	21
3.	Zusätzliche Angaben	22

3.1	Beschreibung der Methodik und Hinweise auf Schwierigkeiten und Kenntnislücken	22
3.2	Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen)	23
3.3	Allgemein verständliche Zusammenfassung	23
3.4	Anhang / Anlagen	24

A PLANZEICHNUNG

siehe Planblatt

B DARSTELLUNG

siehe Planblatt

C VERFAHRENSVERMERKE

siehe Planblatt

D BEGRÜNDUNG

1. Gesetzliche Grundlagen

BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394).
BauNVO	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke - Baunutzungsverordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) m.W.v. 07. Juli 2023.
BayBO	Bayerische Bauordnung 2008 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl. S. 588), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2023 (GVBl. S. 250), durch § 4 des Gesetzes vom 7. Juli 2023 (GVBl. S. 327) und durch Art. 13a Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBl. S. 371).
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege - Bundesnaturschutzgesetz - in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 / Nr. 225).
BayNatSchG	Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur - Bayerisches Naturschutzgesetz - in der Fassung vom 23.02.2011 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 87 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98).

2. Planungsrechtliche Voraussetzungen

Im rechtskräftigen Flächennutzungs- und Landschaftsplan ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes als Landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Aktuell wird der Geltungsbereich als Landwirtschaftliche Fläche genutzt.

Von Süd-Westen nach Nord-Osten des Planungsgebietes verläuft in einem Streifen Fließgewässer. Im östlichen Teil des Flächennutzungsplanes werden Entwässerungsgräben dargestellt. Diese Darstellungen werden nicht überplant und bleiben weiterhin erhalten.

Als Übernahme aus dem Landschaftsplan gibt der Flächennutzungsplan überdies die Retentionsbereiche erhalten/schaffen durch Freihalten von Bebauung, Förderung durch Umwandlung von Acker zu Grünland bzw. Förderung durch Sukzessionsflächen, Förderung von Nass- und Feuchtstandorten bzw. Neuanlage von Kleingewässern. Erstaufforstung mit Einschränkung.

Windschutzpflanzungen/ Strukturanreicherung in offenen Donaumoosbereichen (außerhalb der Wiesenbrüterlebensräume) sowie Förderung der Anlage von extensiv bewirtschafteten Pufferstreifen an Gräben u. Bächen als Ziel vor.

Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Grünordnungsplan wird im Parallelverfahren aufgestellt. Der betreffende Bereich wird zukünftig als Sondergebiet (SO) nach § 11 Abs. 2 BauNVO dargestellt. Der Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans wird ein Umweltbericht beigefügt.

2.1 Landesentwicklungsprogramm

Gemäß Strukturkarte des Landesentwicklungsprogramms des Landes Bayern, Fortschreibung mit Stand 2018 liegt das Gemeindegebiet Berg im Gau im Allgemeinen Ländlichen Raum, für die Vorhabenfläche trifft das LEP keine gebietskonkreten Festlegungen.

Gemäß LEP 6.2.1 (Z) „Erneuerbare Energien“ sind erneuerbare Energien verstärkt zu erschließen und zu nutzen. Laut 6.2.3 (G) sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden.

Laut Begründung zu 3.3 „Vermeidung von Zersiedelung“ werden Photovoltaik- und Biomasseanlagen explizit vom Anbindungsgebot ausgenommen, das die Zersiedelung der Landschaft durch neue Siedlungsstrukturen vermeiden soll. Somit ist eine Anbindung der Flächen an eine Siedlungseinheit nicht notwendig.

Der Ausweisung der Flächen als Sondergebiet für Photovoltaik stehen somit keine Ziele der Landesentwicklung entgegen.

2.2 Regionalplanung

Entsprechend dem Regionalplan der Planungsregion 10 – Ingolstadt sind für den Planbereich folgende Grundsätze und Ziele betroffen:

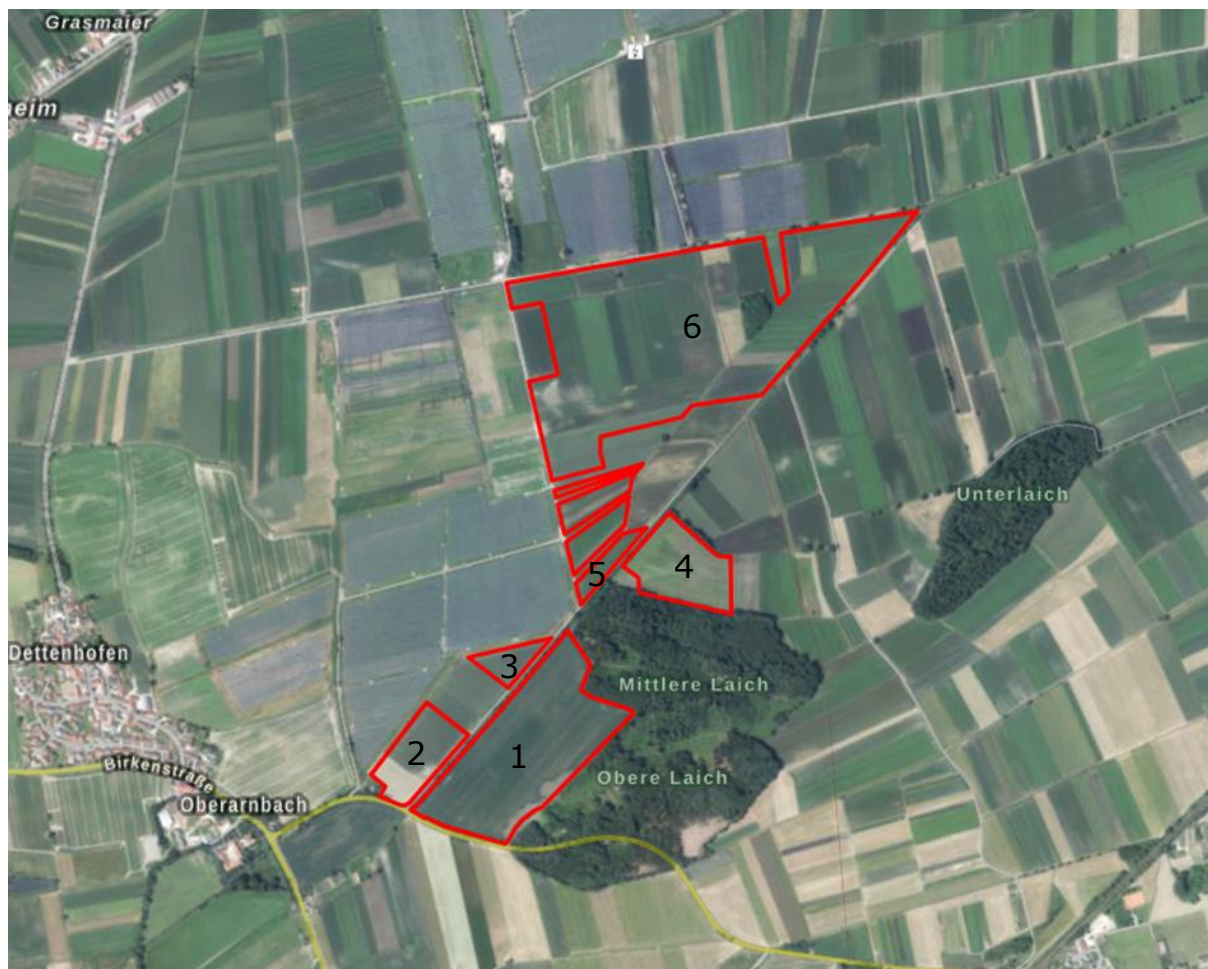
Gemäß Karte 1 – Raumstruktur ist das Gemeindegebiet Berg im Gau als allgemeiner ländlicher Raum ausgewiesen.

Unter 7.1.2.8 G enthält der Regionalplan folgenden Grundsatz: „Die Ergebnisse und Aussagen des Donaumoos-Entwicklungskonzeptes sollen berücksichtigt werden.“

Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete:

Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete befinden sich nicht innerhalb der Planung, der Geltungsbereich grenzt süd-östlich an ein landschaftliches Vorbehaltsgebiet an.

Das Vorhaben steht somit den Zielen der Regionalplanung nicht entgegen.



Nummerierung der Geltungsbereiche

3. Erfordernis und Ziele

Die Gemeinde Berg im Gau beabsichtigt durch die Auswahl passender Flächen, den Einsatz erneuerbarer Energien unter Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu fördern.

Die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes sieht die Ausweisung eines Sondergebiets nach § 11 BauNVO `Photovoltaik` für die Nutzung und Förderung solarer Strahlungsenergie im Gebiet der Gemeinde Berg im Gau vor. Die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan erfolgt im Parallelverfahren.

Konkreter Anlass für die FNP-Änderung ist die geplante Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf den Flurstücken Fl.-Nr. 2586/3, 2587, 2587/2, 2593, 2593/2, 2594, 2594/2, 2595, 2595/2, 2595/3, 2595/4, 2595/5, 2595/6, 2596, 2596/2, 2596/3, 2597, 2597/2, 2597/3, 2599/3 (TF), 2599/5, 2599/6, 2599/8, 2599/9, 2599/10, 2599/11, 2599/12, 2599/13, 2599/14, 2599/15, 2599/21, 2599/22, 2599/24, 2599/26, 2599/29, 2599/30, 2599/31, 2599/32, 2599/33, 2599/34, 2599/35, 2599/36, 2599/37, 2599/38, 2599/41, 2599/42, 2599/44, 2599/45, 2599/46, 2599/59, 2599/60, 2599/61, 2599/63, 2615/6, 2615/8, 2615/9, 2615/10, 2615/11, 2615/13, 2615/14, 2615/15, 2615/16, 2615/19, 2615/20, 2789/5 (TF), 2789/6, 2789/7, 2789/10, 2790 (TF), 2791 (TF), 2792 (TF), 3109, 3110, 3111, 3112, 3112/2, 3112/3, 3112/4, 3112/5, 3112/6, 3113, 3114, 3115, 3116, 3122 (TF) Gmkg. Berg im Gau, auf einer landwirtschaftlichen Fläche östlich von Berg im Gau durch die Firma Anumar Solar GmbH. Die Größe der Anlage soll inklusive der Flächen für die Eingrünung insgesamt 67,10 ha betragen.

Die Nutzung erneuerbarer Energien trägt wesentlich zum Klimaschutz bei. Durch die Nutzung von Sonnenstrom wird kein klimaschädliches CO₂ produziert und gleichzeitig werden wertvolle Ressourcen geschont. Des Weiteren stärkt der Ausbau der dezentralen Energieversorgung die regionale Wertschöpfung und unterstützt damit den ländlichen Raum nachhaltig.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7f BauGB ist die Nutzung erneuerbarer Energien in den Bauleitplänen besonders zu berücksichtigen.

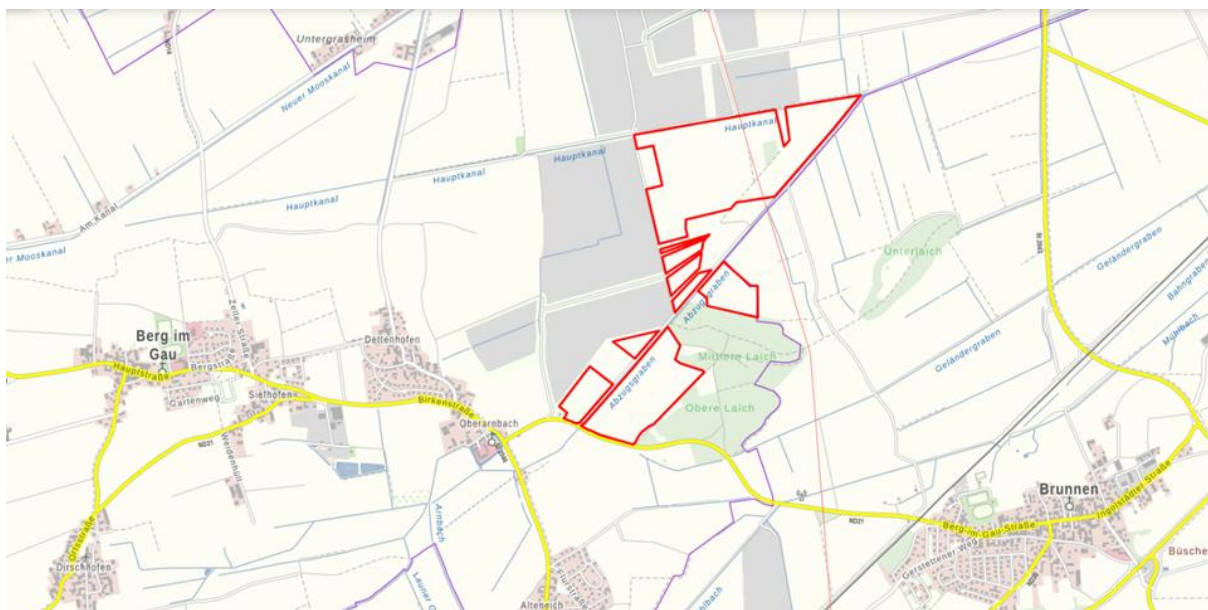
Erschließung

Der erste Teilbereich wird von Norden von der angrenzenden Kreisstraße erschlossen. Die Teilbereiche 2, 3, 6 werden von dem östlich verlaufenden Flurweg her erschlossen. Der fünfte Teilbereich wird von Westen aus erschlossen.

Das von der Photovoltaikanlage abfließende Niederschlagswasser ist auf dem Baugebiet breitflächig zu versickern, ein Schmutzwasser- bzw.- Kanalanschluss ist nicht erforderlich.

4. Räumliche Lage und Größe

Die Vorhabenfläche befindet sich östlich von Berg im Gau und nordwestlich von Brunnen.



Lage der Flächen, ohne Maßstab (grau= bestehende Anlage; rot umrandet=geplante Anlage)

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Fl.-Nr. 2586/3, 2587, 2587/2, 2593, 2593/2, 2594, 2594/2, 2595, 2595/2, 2595/3, 2595/4, 2595/5, 2595/6, 2596, 2596/2, 2596/3, 2597, 2597/2,

2597/3, 2599/3 (TF), 2599/5, 2599/6, 2599/8, 2599/9, 2599/10, 2599/11, 2599/12, 2599/13, 2599/14, 2599/15, 2599/21, 2599/22, 2599/24, 2599/26, 2599/29, 2599/30, 2599/31, 2599/32, 2599/33, 2599/34, 2599/35, 2599/36, 2599/37, 2599/38, 2599/41, 2599/42, 2599/44, 2599/45, 2599/46, 2599/59, 2599/60, 2599/61, 2599/63, 2615/6, 2615/8, 2615/9, 2615/10, 2615/11, 2615/13, 2615/14, 2615/15, 2615/16, 2615/19, 2615/20, 2789/5 (TF), 2789/6, 2789/7, 2789/10, 2790 (TF), 2791 (TF), 2792 (TF), 3109, 3110, 3111, 3112, 3112/2, 3112/3, 3112/4, 3112/5, 3112/6, 3113, 3114, 3115, 3116, 3122 (TF) Gmkg. Berg im Gau. Die Fläche des Geltungsbereiches beträgt ca. 67,10 ha. Die Erschließung erfolgt über die bereits vorhandenen Flurwege.

5. Gegenwärtige Nutzung des Gebietes

Die Fläche wird derzeit intensiv als Grünland- und Ackerfläche genutzt. Im Geltungsbereich 6 befinden sich Gehölzstrukturen, welche erhalten bleiben. Im weiteren Umfeld befinden sich weitere landwirtschaftlich genutzte Flächen, Waldflächen, Flurwege, fließende Gewässer und Entwässerungsgräben.

6. Landschaftsbild

Es handelt sich zum Großteil um landwirtschaftlich als Acker sowie als Grünland genutzte Flächen. Die Geltungsbereiche der Planung befinden sich weder innerhalb eines landschaftlichen Vorbehaltsgebietes noch innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes. Das umgebende Landschaftsbild des überplanten Gebiets ist durch die ackerbauliche landwirtschaftliche Nutzung, durch verlaufende Gräben, Fließgewässer, spontanen Gehölzaufwuchs, Waldbeständen, einer darüber verlaufenden Freileitung, sowie den direkten Anschluss an vorhandenen Solarparks geprägt. Trotz des Wechsels verschiedener Nutzungsstrukturen ist das Landschaftsbild des Geltungsbereiches durch anthropogen bestimmte und nutzungsorientierte Strukturen gegliedert und geprägt.

Der höchste Punkt des Geltungsbereiches 1 befindet sich an der südlichen Kante. Die Fläche ist von dort aus nach Nordosten geneigt. Die Fläche fällt um ca. 1,4 m ab.

Der höchste Punkt des Geltungsbereiches 2 befindet sich südlich zur Straße gerichtet. Die Fläche ist von dort aus nach Nordosten geneigt. Die Fläche fällt hier um etwa 1,2 m ab.

Beim dritten Geltungsbereich liegt der höchste Punkt nord-östlich und die Fläche ist nach Süden geneigt. Die Höhendifferenz liegt bei 0,4 m.

Der höchste Punkt des vierten Geltungsbereiches liegt an der südlichen Seite. Die Fläche ist von dort aus nach Nordosten gerichtet und das Gelände fällt um ca. 2,0 m ab.

Der höchste Punkt des Geltungsbereiches 5 liegt südlich und die Fläche ist dort nach Nordosten geneigt. Die Fläche fällt um ca. 1,3 m ab.

Beim Geltungsbereich 6 befindet sich der höchste Punkt im Westen. Das Gelände ist nach Nordosten geneigt und fällt um etwa 1,4 m ab.

Bei der letzten Fläche, der 7. Teilfläche liegt der höchste Punkt in der südwestlichen Ecke. Das Gelände ist nach Nordosten geneigt und fällt um 0,2 m ab.

Südlich der Teilflächen 1 und 2 verläuft die Kreisstraße ND 21 und von dort aus verläuft nach nord-östlicher Richtung ein Flurweg. Angrenzend am ersten Geltungsbereich befinden sich die Waldbestände Obere Laich und Mittlere Laich, letzterer grenzt zudem südlich an den Geltungsbereich 4 an. Ein Weiterer Waldbestand befindet sich östlich des vierten Geltungsbereiches in ca. 563 m Entfernung. Im Geltungsbereich 6 befinden sich kleinere Gehölzstrukturen. Östlich entlang des nord-östlich verlaufenden Flurweges verläuft Gewässerrandstreifen. Die im Planungsgebiet vorhandenen Gehölzstrukturen werden durch die Bebauung nicht beeinträchtigt.

Im östlichen Teil des Geltungsbereiches 6 wird die Fläche durch eine Freileitung überspannt, außerdem befinden sich im näheren Umfeld westlich und nördlich der Vorhabenfläche weitere Solarparks, was zur technischen Überprägung der Landschaft beiträgt.

Blickbeziehungen von der Vorhabenfläche können bedingt durch die Ortschaft Brunnen aus süd-östlicher Richtung bestehen, die Vorhandenen Waldbestände grenzen diese jedoch ein. Direkte Blickbeziehungen zu den Ortschaften Oberarnbach und Dettenhofen bestehen aufgrund der davorstehenden Solarparks nicht. Die Einbindung in die Landschaft zur Vermeidung einer negativen Fernwirkung kommt daher erhöhte Bedeutung zu.



Landschaftsbild - rot: Geltungsbereich des Bebauungsplanes; grau: bestehende Anlage; schwarz: Freileitung;

Durch die Eingrünung der Anlage werden die Anlagenteile in die Landschaft mittels neuer Gehölzstrukturen eingebunden, die zur Gliederung der Landschaft beitragen.

7. Standortprüfung

Gemäß Landesentwicklungsprogramm (LEP 6.2.3 (G)) sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen bevorzugt in vorbelasteten Gebieten geplant werden. Nach der Novellierung des EEG aus dem Jahre 2021 können Freiflächenanlagen gefördert werden, wenn sich die Anlage auf Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung, entlang von Autobahnen oder Schienenwegen in einem Korridor von 200 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, wobei innerhalb dieses Korridors ein mindestens 15 m breiter Korridor freigehalten werden soll. Versiegelte Flächen oder Konversionsflächen sind im Gemeindegebiet der Gemeinde Berg im Gau in der gewünschten Größenordnung aktuell nicht verfügbar. Eine Autobahn oder Bahnlinie sind im Gemeindegebiet der Gemeinde Berg im Gau nicht vorhanden.

Zusätzlich sieht das EEG die Förderung von Freiflächenphotovoltaikanlagen über 750 kW auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten vor, wenn die Bundesländer eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen. Das Bundesland Bayern hat am 7. März 2017 mit der Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Das Gemeindegebiet Berg im Gau fällt vollständig in diese Förderkulisse.

Die vorliegende Planung befindet sich auf einer landwirtschaftlichen Fläche im benachteiligten Gebiet ist durch ihre Lage und den Bestand im Planungsbereich (Vorbelastungen für das Landschaftsbild durch den direkten Anschluss an weitere Solarparks, überspannte Freileitung) für eine landschaftschonende Planung geeignet. Die Fläche ist für eine rentable Nutzung als Photovoltaikanlage gut geeignet.

Da die Photovoltaikanlage nach Beendigung der Nutzung vollständig rückzubauen ist, stehen die Flächen damit für bisherige oder anderweitige Nutzungen zur Verfügung.

8. Denkmalschutz

Folgende Kultur- bzw. Sachgüter mit schützenswertem Bestand sind im Untersuchungsgebiet (Geltungsbereich 1) bekannt:

D-1-7333-0031 „Siedlung vorgeschichtlicher Zeitstellung“

Im Umfeld zu oben genanntem Planungsgebiet befinden weitere Bodendenkmäler.

D-1-7333-0013 „Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung“

D-1-7333-0098 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung“

D1-7333-0042 „Mittelalterlicher und frühneuzeitliche Befunde im Bereich des ehemaligen Wasserschlosses von Oberarnbach“

D-1-7333-0022 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung“

Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Planungsgebiet oberirdisch nicht mehr sichtbare und daher unbekannte Bodendenkmäler befinden.

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes inkl. der Ausgleichsflächen ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. BayDSchG 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren wird das BLfD die fachlichen Belange der Bodendenkmalpflege formulieren.

UMWELTBERICHT

1 Einleitung

Aufgabe des Umweltberichts ist es, alle Umweltbelange sowie die Standortauswahl für die Bebauung unter dem Blickwinkel der Umweltvorsorge zusammenzufassen.

Der Umweltbericht soll den Prozess der Ermittlung, Beschreibung und Bewertung von Umweltbelangen festhalten und so die Grundlage zur Abwägung mit konkurrierenden Belangen bilden, die in anderen Teilen der Begründung darzulegen sind.

Zweck des Umweltberichts ist es, einen Beitrag zur Berücksichtigung der Umweltbelange bei der Zulassung von Projekten zu leisten und dadurch der Umweltvorsorge zu dienen. Er umfasst die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter Menschen, Tiere / Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft, Kultur- und Sachgüter, einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen.

Der Umweltbericht begleitet das gesamte Bauleitplanverfahren vom Aufstellungs- bis zum Satzungsbeschluss. Auf diese Weise soll eine ausreichende Berücksichtigung der Belange von Natur und Umwelt sichergestellt und dokumentiert werden. Der Umweltbericht ist Bestandteil der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung.

8.1 Kurzdarstellung des Inhalts und wichtiger Ziele der Bauleitplanung

Der Gemeinde Berg im Gau liegt ein Antrag der Firma Anumar Solar GmbH vor, auf den Flurstücken Fl.-Nr. 2586/3, 2587, 2587/2, 2593, 2593/2, 2594, 2594/2, 2595, 2595/2, 2595/3, 2595/4, 2595/5, 2595/6, 2596, 2596/2, 2596/3, 2597, 2597/2, 2597/3, 2599/3 (TF), 2599/5, 2599/6, 2599/8, 2599/9, 2599/10, 2599/11, 2599/12, 2599/13, 2599/14, 2599/15, 2599/21, 2599/22, 2599/24, 2599/26, 2599/29, 2599/30, 2599/31, 2599/32, 2599/33, 2599/34, 2599/35, 2599/36, 2599/37, 2599/38, 2599/41, 2599/42, 2599/44, 2599/45, 2599/46, 2599/59, 2599/60, 2599/61, 2599/63, 2615/6, 2615/8, 2615/9, 2615/10, 2615/11, 2615/13, 2615/14, 2615/15, 2615/16, 2615/19, 2615/20, 2789/5 (TF), 2789/6, 2789/7, 2789/10, 2790 (TF), 2791 (TF), 2792 (TF), 3109, 3110, 3111, 3112, 3112/2, 3112/3, 3112/4, 3112/5, 3112/6, 3113, 3114, 3115, 3116, 3122 (TF) Gmkg. Berg im Gau, eine Freiflächenphotovoltaikanlage zu errichten. Die Fläche des Geltungsbereiches beträgt ca. 67,10 ha.

Die Gemeinde Berg im Gau hat beschlossen, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Schornhof III“ mit Grünordnungsplan aufzustellen. Das Planungsgebiet liegt zwischen Dettenhofen in einem Abstand von mindestens 760 m und Brunnen in einem Abstand von etwa 1,65 km.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan weist ein Sondergebiet zur Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaik) aus. Der Geltungsbereich 1 wird von der sich südlich befindlichen Kreisstraße erschlossen. Die Teilbereiche 2 und 3 werden jeweils von dem südöstlichen Flurweg aus erschlossen. Der Teilbereich 4 wird von Osten her erschlossen. Für die Fläche 5 soll die Erschließung von Westen aus erfolgen. Zuletzt soll die Erschließung der Geltungsbereiche 6 und 7 über den süd-östlich verlaufenden Flurweg erfolgen.

Da im Flächennutzungsplan die Flächen bisher als Landwirtschaftliche Flächen dargestellt sind, wird der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert.

Die Größe der Anlage soll inklusive der Flächen für die Eingrünung insgesamt ca. 67,10 ha betragen. Der betreffende Bereich wird in Sondergebiet, Photovoltaik (SO) nach § 11 BauNVO geändert.

8.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, und ihrer Berücksichtigung

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, wie das Baugesetzbuch, die Naturschutzgesetze, die Abfall- und Immissionsschutz-Gesetzgebung wurden im vorliegenden Fall berücksichtigt. Die Eingriffsregelung wird auf Ebene des Bebauungsplanes gemäß dem Leitfaden 'Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft' vgl. Leitfaden 'Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft - Ergänzte Fassung', 2003) in Verbindung mit dem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen von 19.11.2009 durchgeführt. Auf Ebene der Flächennutzungsplanung erfolgt auf der gleichen Basis eine Abschätzung des Ausgleichsbedarfes.

Das Landesentwicklungsprogramm sieht die Förderung von Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vor.

Parallel zur Änderung des Flächennutzungsplanes wird ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt, in dem der betreffende Bereich ein Sondergebiet Photovoltaik festgesetzt wird.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt nicht innerhalb eines Schutzgebietes nach Naturschutzgesetz. Auch finden sich keine FFH-Gebiete oder Vogelschutzgebiete in näherer Umgebung der geplanten Freiflächenphotovoltaikanlage. Das nächste FFH-Gebiet mit der ID-Nr. 7233-373 „Donaumoosbäche, Zucheringer Wörth und Brucker Forst“ liegt ca. 784 m vom Geltungsbereich 1 entfernt.

Im Planungsgebiet liegen keine geschützten Flächen nach Arten- und Biotopschutzprogramm oder Natura 2000, ebenso wie keine biotopkartierten Flächen.

Das nächstgelegene kartierte Biotop sind die Teilfläche des Biotops Nr. 7333-1049-002 und -001 „Seggen- und binsenreiche Feuchtwiesen nördlich von Brunnen“ und liegen südöstlich von Geltungsbereich 1 in etwa 489 m, beziehungsweise in 772 m Entfernung. Das Biotop Nr. 7333-1005 „Begleitvegetation des Arnachs bei Edelshausen“ liegt ungefähr 800 m Südwestlich der Teilfläche 2. Des Weiteren befindet sich das Biotop NR. 7333-1056 „Galeriewälder südlich Kleinhohenried am Hauptkanal“ 794 m von der Teilfläche 6 entfernt. Das Biotop 7333-1057 „Schilfröhricht und feuchte Hochstauden an der Straße von Brunnen nach Kleinhohenried“ liegt ca. 942 m vom Geltungsbereich 6 entfernt.

Der Geltungsbereich liegt innerhalb des Schwerpunktgebiets „Donaumoos“. Für dieses gibt die naturschutzfachliche Fachplanung folgende Ziele vor: Wiederherstellung einer standortgerechten Bodennutzung im gesamten Donaumoos, insbesondere Erhöhung des Grünlandanteils, Vermeidung weiterer Drainagen, Schaffung ungenutzter oder extensiv genutzter Uferstreifen an Gräben, extensive Grabenpflege.

Die Planung steht nicht im Gegensatz zu den Zielen des ABSP. Die dort angeführten Ziele für den betroffenen Landschaftsraum lassen sich mit der geplanten Nutzung als Sondergebiet besser vereinbaren als mit der bisherigen intensiven Ackernutzung. Sie können so als Ansatzpunkt für die gebotenen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen herangezogen werden.

Sonstige Fachpläne und -programme z.B. zum Wasser-, oder Immissionsschutzrecht sowie kommunale Umweltqualitätsziele sind für die vorgesehene Fläche nicht vorhanden.

9. Bestandsaufnahme und Bewertung der Umweltauswirkungen einschließlich der Prognose bei Durchführung der Planung

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt verbal argumentativ. Dabei werden drei Stufen unterschieden: geringe, mittlere und hohe Erheblichkeit.

9.1 Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

9.1.1 Umweltmerkmale

9.1.1.1 Schutzgut Mensch / Gesundheit

Beschreibung

Der Planungsbereich selbst besitzt als Grünland- und Ackerfläche kaum Bedeutung für die Erholungsnutzung. Die umliegenden Feldwege haben vermutlich eine gewisse Funktion für die Naherholung. Die wirtschaftlichen Nutzungsansprüche bestehen durch die Landwirtschaft.

Die Fläche dient weder dem Lärmschutz noch hat sie besondere Bedeutung für die Luftreinhaltung. Schädliche Einflüsse durch elektromagnetische Felder oder Licht- und Geräuschemissionen sind nicht bekannt. Geruchsbeeinträchtigungen bestehen nicht.

9.1.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Beschreibung

Als potenzielle natürliche Vegetation wird in der Pflanzensoziologie der Endzustand der Vegetation bezeichnet, der sich einstellen würde, wenn sie sich unter den heutigen Standortbedingungen ohne weiteren Einfluss des Menschen entwickeln könnte. Sie braucht mit der ursprünglichen Vegetation nicht übereinstimmen.

Als Grundlage dieser Betrachtung dienen die Untersuchungsergebnisse nach SEIBERT (1968) zur potentiellen natürlichen Vegetation Bayerns, die aufbauend auf Bodeneinheiten und unter Berücksichtigung von Höhenlagen und Klimaverhältnissen Vegetationsgebiete beschreiben. Ergänzende Kartierungen einzelner Transsekte in Bayern von JANNSEN und SEIBERT (1986) haben zu neuen Erkenntnissen geführt.

Demnach würde sich im Planungsgebiet auf lange Sicht Waldziest-Eschen-Hainbuchenwald; örtlich mit Schwarzerlen-Eschen-Sumpfwald oder Walzenseggen-Schwarzerlen-Bruchwald entwickeln.

Die vorhandene Vegetation im Bearbeitungsgebiet ist geprägt durch die menschliche Nutzung. Der Großteil des Geltungsbereichs ist als landwirtschaftlich intensiv genutzte Acker- und Grünlandfläche zu bezeichnen. Die Vegetation der landwirtschaftlichen Nutzflächen setzt sich aus wenigen Arten zusammen.

Die Gräben um die Geltungsbereiche weisen keine nennenswerten Strukturen auf. In die innerhalb des Geltungsbereiches vorhandenen Gehölz- und Grabenbestände wird durch die Planung nicht eingegriffen.

Relevant sind die überplanten Flächen vor allem für bodenbrütende Vogelarten, die hier potenzielle Bruthabitate vorfinden. Dies betrifft im vorliegenden Fall gemäß der artenschutzrechtlichen Prüfung die Arten Feldlerche, Wiesenschafstelze und Rebhuhn. Der Bereich der Planung ist nicht Teil der Wiesenbrüterkulisse im Rahmen des „Artenhilfsprogramms Wiesenbrüter“. Der nächstgelegene Teil dieser Kulisse liegt östlich der Vorhabensfläche in mindestens 1,0 km Entfernung. Aufgrund der Betroffenheit der genannten Vogelarten werden auf Ebene des Bebauungsplanes vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen in Form von CEF-Maßnahmen auf externen Flächen festgesetzt. Hierfür werden 2 ha große Ersatzhabitate auf geeigneten Flächen festgesetzt.

Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen wurden auf Grundlage der artenschutzrechtlichen Prüfung festgesetzt.

Unter Berücksichtigung der auf Ebene des Bebauungsplanes getroffenen Festsetzung zu Vermeidung von artenschutzrechtlichen verbotstatbestände kann man davon ausgehen, dass bei europäischen Vogelarten gem. Art 1 der Vogelschutzrichtlinie keine Tatbestände nach § 44 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG erfüllt werden.

Es wird daher keine Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG oder eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG benötigt.

Es werden keine Flächen nach ABSP oder Biotopkartierung überplant. Kartierte Biotope befinden sich in mindestens 150 m und stehen nicht in funktionellem Zusammenhang mit den überplanten Flächen.

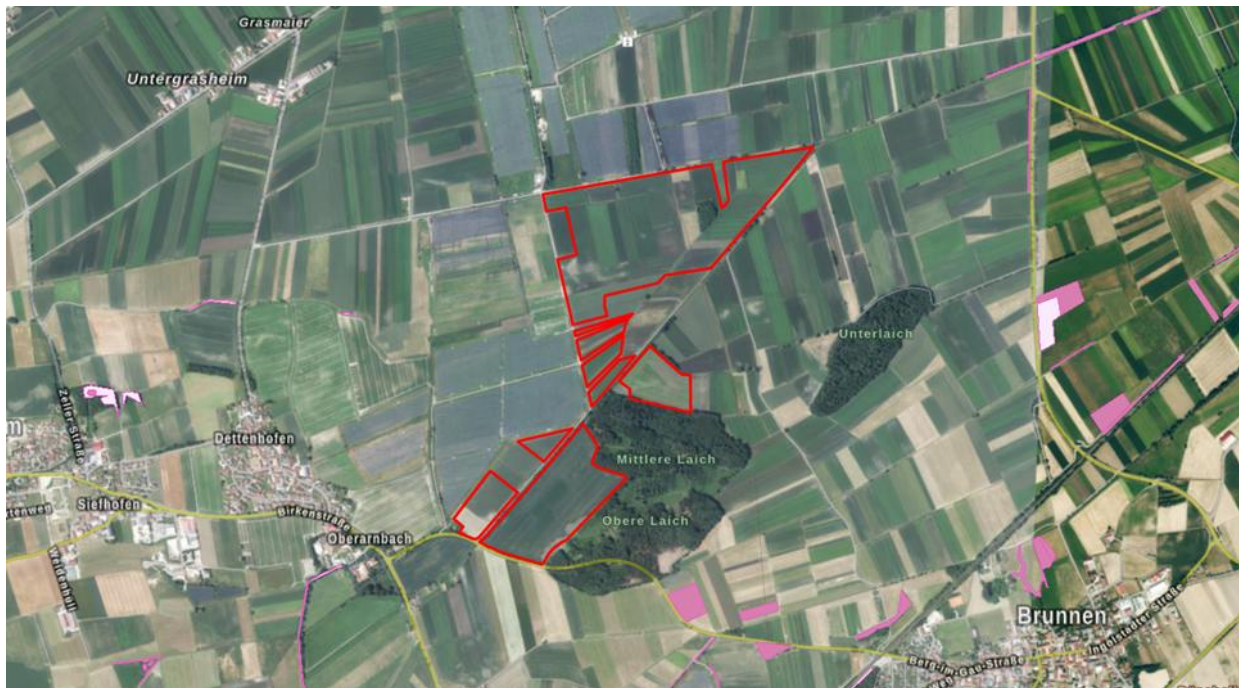


Abbildung 1: Auszug aus Biotopkartierung

Zeichenerklärung:

rot umrandete Fläche: Geltungsbereich

rot schraffiert: Biotopkartierung Flachland

9.1.1.3 Schutzgut Boden

Beschreibung

Boden dient als Pflanzen- und Tierlebensraum, als Filter, für die Wasserversickerung und -verdunstung sowie der Klimaregulierung. Zudem hat er seine Funktion als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft. Belebter, gewachsener Boden ist damit nicht ersetzbar.

Das Bearbeitungsgebiet liegt innerhalb der Naturraumeinheit D65 – Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten, innerhalb der Untereinheit 063-E – Donaumoos.

In der geologischen Karte 1:500.000 liegt im südlichen Planungsgebiet (Teilgebiet 1 und 4) obere Süßwassermolasse, ungliedert und im nördlichen Bereich Torf vor.

Gemäß der Übersichtsbodenkarten 1:25.000 liegt im Geltungsbereich 1 und 4 überwiegend 78: Vorherrschend Niedermoor und Erdniedermoor, gering verbreitet Übergangsmoor aus Torf über Substraten unterschiedlicher Herkunft mit weitem Bodenartenspektrum. Im Geltungsbereich befinden sich nördlich und südöstlich und in Geltungsbereich 4 südwestlich sich noch Bereiche mit 46: Fast ausschließlich Braunerde, unter Wald podsolig, aus (kiesführendem) Reinsand (Molasse oder gering verbreitet Terrassenablagerung), gering verbreitet mit flacher Flugsanddecke. Im restlichen Planungsgebiet liegt nach der Übersichtsbodenkarten 1:25.000 ausschließlich 78: Vorherrschend Niedermoor und Erdniedermoor, gering verbreitet Übergangsmoor aus Torf über Substraten unterschiedlicher Herkunft mit weitem Bodenartenspektrum.

Das Standortpotential für die natürliche Vegetation hat geringe bis mittlere Bedeutung für die natürliche Vegetation, da keine extremen Umweltbedingungen anzutreffen sind. Das Retentionsvermögen bei Niederschlagsereignissen wird auf Grundlage der Bodenschätzung bewertet.

In der Bodenschätzungskarte wird für den Geltungsbereich 1 Mo2-, SMo- und SI4Al angegeben, das bedeutet es liegt hauptsächlich Moorboden (Mo), Sandiger Moor und anlehmiger Sand (SI4Al) vor. Das Retentionsvermögen wird für die Bereiche die mit Mo2- angegeben sind mit sehr hoch (5) und für die Bereiche mit SI4Al mit hoch (4) bewertet.

Das Rückhaltevermögen für Schwermetalle für den Bereich mit SI4Al wird sehr gering (1) bewertet.

In Geltungsbereich 2 und 3 befindet sich laut Bodenschätzung ebenfalls Mo2-, das bedeutet das Retentionsvermögen bei sehr hoch (5) liegt.

Im Geltungsbereich 4 und 5 liegt Mo2- vor, das bedeutet das Retentionsvermögen liegt hier ebenfalls bei sehr hoch (5).

In den Geltungsbereichen 6 und 7 liegen gemäß Bodenschätzungskarte überwiegend Mo2-, Mo3- vor, das Retentionsvermögen wird bei beiden Bodenarten sehr hoch (5) geschätzt.

Das Rückhaltevermögen für Schwermetalle wird bei Mooren wegen der Bildung löslicher metallorganischer Komplexe generell in die Bewertungsklasse 1 – sehr gering eingestuft.

Da es sich bei der Fläche für die Freiflächenphotovoltaikanlage um landwirtschaftlich genutzte Flächen handelt, ist der anliegende Boden anthropogen überprägt. Der natürliche Bodenaufbau ist in diesem Bereich demnach bereits beeinträchtigt.

Unterschiede bzgl. der biotischen Lebensraumfunktion des Bodens sind im Untersuchungsraum nicht zu erkennen. Es sind keine besonders schutzwürdigen Bodenflächen festzustellen.

Zu Altlasten ist im Bereich der Planung nichts bekannt.

9.1.1.4 Schutzgut Wasser

Beschreibung

Oberflächengewässer kommen im Planungsgebiet in Form von Gräben vor, die keine nennenswerten Strukturen aufweisen. Der Graben verläuft nördlich und östlich des Geltungsbereiches 6. Der Graben läuft durch das Flurstück 2790 wird aber aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen und bleibt somit unberührt.

Die Planung liegt im Bereich des Donaumoos-Entwicklungskonzeptes.

Das Donaumoos-Entwicklungskonzept ist raumgeordnet. Unmittelbare rechtliche Verpflichtungen oder Einschränkungen ergeben sich daraus nicht. Es handelt sich dabei insb. nicht um ein vorweggenommenes Genehmigungsverfahren. Der Regionalplan 10 enthält unter 7.1.2.8 G den folgenden Grundsatz: „Die Ergebnisse und Aussagen des Donaumoos-Entwicklungskonzeptes sollen berücksichtigt werden.“ Da es sich nicht um ein Ziel, sondern um einen Grundsatz handelt, sind die Inhalte und Anforderungen des Donaumoos-Entwicklungskonzeptes im Rahmen der gemeindlichen Abwägung im Einzelfall überwindbar.

Nach dem Donaumoosentwicklungskonzept sind die überplanten Bereiche überwiegend für eine niedermoorschonende landwirtschaftliche Nutzung vorgesehen. Ackerflächen werden „akzeptiert“, ein größtmöglicher Grünflächenanteil ist aber anzustreben. Dieser Funktionsraum ist als Kompromiss zwischen Landwirtschaft und Torfkörperschutz zu verstehen, der bei siedlungsnahen Bereichen vorgesehen ist, die eine vergleichsweise geringe Moormächtigkeit und geringe Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz aufweisen. Im nordöstlichen Teilbereich des Planungsgebietes befindet sich seit 2002 ein ausgewiesener Hochwasserrückhalteraum mit einer Fläche von rund 9 ha und einer maximalen Stauhöhe von max. 0,60 m und ist für 50-jährige Hochwasser vorgesehen. Mit der geplanten niedermoorschonenden extensive Grünlandnutzung unter den Aufstellflächen, dem auf großen Flächen geplanten Unwirksam machen von Drainagen und den sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts und des Naturschutzes werden Kernforderungen des Donaumoosentwicklungskonzeptes erfüllt. Der geplante Solarpark steht mit seinem Gesamtkonzept somit nicht im Widerspruch zum Donaumoosentwicklungskonzept. In den Planflächen 4 und 6 gibt es Hinweise auf Sturzfluten bzw. erhöhten Oberflächenabfluss.

Genauere Kenntnisse zum Grundwasserstand sind nicht vorhanden.

9.1.1.5 Schutzgut Luft / Klima

Beschreibung

Die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur im Sommerhalbjahr beträgt ca. 14 bis < 15°C und im Winterhalbjahr 2 bis < 3°C. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge beträgt im Sommerhalbjahr etwa >400 bis 450 mm und im Winterhalbjahr >250 bis 300 mm.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes hat als Acker- und Grünlandfläche eine gewisse Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet, jedoch ohne Bezug zur Wohnbebauung.

Besondere Erhebungen zur Luft bzw. deren Verunreinigung liegen für das Planungsgebiet nicht vor.

9.1.1.6 Schutzgut Landschaft / Erholung

Beschreibung

Das umgebende Landschaftsbild des überplanten Gebiets ist durch die ackerbauliche landwirtschaftliche Nutzung, durch verlaufende Gräben, spontanen Gehölzaufwuchs, einer querverlaufenden Freileitung, sowie den direkten Anschluss an den vorhandenen Solarpark geprägt. Trotz des Wechsels verschiedener Nutzungsstrukturen ist das Landschaftsbild des Geltungsbereiches durch anthropogen bestimmte und nutzungsorientierte Strukturen gegliedert und geprägt.

Der Geltungsbereich der Planung befindet sich nicht innerhalb eines Landschaftlichen Vorbehaltsgebietes oder Landschaftsschutzgebietes.

Der höchste Punkt des Geltungsbereiches 1 befindet sich an der südlichen Kante. Die Fläche ist von dort aus nach Nordosten geneigt. Die Fläche fällt um ca. 1,4 m ab.

Der höchste Punkt des Geltungsbereiches 2 befindet sich südlich zur Straße gerichtet. Die Fläche ist von dort aus nach Nordosten geneigt. Die Fläche fällt hier um etwa 1,2 m ab.

Beim dritten Geltungsbereich liegt der höchste Punkt nord-östlich und die Fläche ist nach Süden geneigt. Die Höhendifferenz liegt bei 0,4 m.

Der höchste Punkt des vierten Geltungsbereiches liegt an der südlichen Seite. Die Fläche ist von dort aus nach Nordosten gerichtet und das Gelände fällt um ca. 2,0 m ab.

Der höchste Punkt des Geltungsbereiches 5 liegt südlich und die Fläche ist dort nach Nordosten geneigt. Die Fläche fällt um ca. 1,3 m ab.

Beim Geltungsbereich 6 befindet sich der höchste Punkt im Westen. Das Gelände ist nach Nordosten geneigt und fällt um etwa 1,4 m ab.

Bei der letzten Fläche, der 7. Teilfläche liegt der höchste Punkt in der südwestlichen Ecke. Das Gelände ist nach Nordosten geneigt und fällt um 0,2 m ab.

Südlich der Teilflächen 1 und 2 verläuft die Kreisstraße ND 21 und von dort aus verläuft nach nord-östlicher Richtung ein Flurweg. Angrenzend am ersten Geltungsbereich befinden sich die Waldbestände Obere Laich und Mittlere Laich, letzterer grenzt südlich außerdem an den Geltungsbereich 4 an. Ein Weiterer Waldbestand befindet sich östlich des vierten Geltungsbereiches in ca. 563 m Entfernung. Im Geltungsbereich 6 befinden sich kleinere Gehölzstrukturen. Nördlich der Geltungsbereiche 1 und 4 verläuft in nord-östlicher Richtung ein Gewässerrandstreifen. Die im Planungsgebiet vorhandenen Gehölzstrukturen werden durch die Bebauung nicht beeinträchtigt.

Im östlichen Teil des Geltungsbereiches 6 wird die Fläche durch eine Freileitung überspannt, außerdem befinden sich im näheren Umfeld westlich und nördlich der Vorhabenfläche weitere Solarparks, was zur technischen Überprägung der Landschaft beiträgt.

Blickbeziehungen von der Vorhabenfläche können bedingt durch die Ortschaft Brunnen aus süd-östlicher Richtung bestehen, die Vorhandenen Waldbestände grenzen diese jedoch ein. Direkte Blickbeziehungen zu den Ortschaften Oberarnbach und Dettenhofen bestehen aufgrund der davorstehenden Solarparks nicht. Die Einbindung in die Landschaft zur Vermeidung einer negativen Fernwirkung kommt daher erhöhte Bedeutung zu.

9.1.1.7 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Beschreibung

Folgende Kultur-bzw. Sachgüter mit schützenswertem Bestand sind im Untersuchungsgebiet bekannt:

D-1-7333-0031 „Siedlung vorgeschichtlicher Zeitstellung“

Im Umfeld zu oben genanntem Planungsgebiet befinden weitere Bodendenkmäler.

D-1-7333-0013 „Grabhügel vorgeschichtlicher Zeitstellung“

D-1-7333-0098 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung“

D1-7333-0042 „Mittelalterlicher und frühneuzeitliche Befunde im Bereich des ehemaligen Wasserschlosses von Oberarnbach“

D-1-7333-0022 „Siedlung vor- und frühgeschichtlicher Zeitstellung“

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Bereich der Fl.-Nr. 2789/5, 2789/6, 2789/7, 2789/8; 2789/10, 2790 und 2791 des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. BayDSchG 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren wird das BLfD die fachlichen Belange der Bodendenkmalpflege formulieren. In allen übrigen Bereichen gilt die Meldepflicht nach Art. 8 BayDSchG.

9.1.1.8 Schutzgut Fläche

Durch die vorliegende Bauleitplanung werden ca. 67,10 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und in Flächen für Photovoltaik sowie Flächen für die Eingrünung umgewandelt.

Auf diesen Flächen erfolgt jedoch nur in sehr geringem Umfang im Bereich der Technikgebäude eine Versiegelung.

Der Flächenbedarf für die Ausgleichsflächen ist in der angegebenen Fläche bereits enthalten, da dieser auf internen Ausgleichsflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes gedeckt wird.

9.1.1.9 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Das Belassen der vorliegenden Flächen im bestehenden Zustand würde keine Veränderung der biologischen Vielfalt oder der Funktion als Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten erwarten lassen, da diese Flächen weiterhin wie bisher genutzt werden würden.

Auch für die anderen Schutzgüter würden sich keine Veränderungen ergeben.

9.2 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

9.2.1 Auswirkung auf die Schutzgüter

9.2.1.1 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Auswirkungen

Durch die Errichtung der Photovoltaikanlage wird eine Fläche in Anspruch genommen, die derzeit landwirtschaftlich intensiv genutzt wird.

Ausgehend von den Habitatsstrukturen im Plangebiet (ausschließlich Acker) und den in der Umgebung erfassten Artenvorkommen ist mit dem Vorkommen von Wiesenbrütern zu rechnen. Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen wurden auf Grundlage der Artenschutzrechtlichen Prüfung in der Entwurfsfassung festgesetzt.

Durch die Umwandlung in extensiv bewirtschaftetes Grünland und die Neuanlage von lückigen Hecken, Saumstrukturen und die Optimierung von Flächen für die Bodenbrüter ist insgesamt von einer Verbesserung der Funktion der Fläche für den Arten- und Biotopschutz auszugehen.

Die durch die Fläche verlaufenden Gräben haben aufgrund ihrer Strukturarmut keinen besonders hohen naturschutzfachlichen Wert.

Während der Bauphase kann es durch die vom Baubetriebe ausgehenden Störwirkungen zu einer Beeinträchtigung der angrenzenden Lebensräume und zur Meidung der Flächen kommen, diese sind jedoch zeitlich beschränkt.

Durch die auftretenden teilweisen Verschattungseffekte sowie den unterschiedlichen Niederschlagsanfall ist langfristig eine differenzierte Ausbildung in der Vegetationszusammensetzung zu erwarten, die zu einer weiteren Auffächerung des Lebensraumspektrums führt. Durch gezielte Pflegemaßnahmen können diese zusätzlich unterstützt werden.

Zur Vermeidung von Lockwirkungen auf nachtschwärmende Insekten wird eine dauerhafte Beleuchtung der Anlage als unzulässig festgesetzt.

Zur Vermeidung der Beeinträchtigung von Säugetieren durch die Errichtung der notwendigen Umzäunung des Geländes wird festgesetzt, dass die Unterkante des Zaunes entsprechend der Geländetopografie mindestens 20 cm über dem Boden auszuführen ist. Die vorgesehene Umzäunung behindert nicht die Wanderung von Kleintieren wie Igel und Hase. Vielmehr finden diese Tierarten in dem die Anlagenteile begrenzenden Hecken- und Altgrasstreifen neue Lebensräume.

Ergebnis

Im Hinblick auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen sind gering bedeutende Flächen betroffen, so dass in der Zusammenschau gering erhebliche Umweltauswirkungen für dieses Schutzgut zu erwarten sind.

9.2.1.2 Schutzgut Boden

Auswirkungen

Vor allem bei feuchten Witterungsverhältnissen kann es durch die Befahrung der Fläche während der Bauphase zu stellenweisen Bodenverdichtungen kommen. Zur Herstellung der Kabelgräben wird Boden ausgehoben und zwischengelagert. Dauerhafte Bodenumlagerungen, also Abgrabungen oder Aufschüttungen werden im vorliegenden Fall nicht notwendig, die Modultische an den Geländeverlauf angepasst werden.

Auf Grund der gewählten Ausbildung der Modultische ohne Betonfundamente wird der dauerhafte, über die Bauphase hinausgehende Eingriff minimiert. Es erfolgt lediglich eine geringflächige Bodenverdrängung, keine Versiegelung. Lediglich im Bereich des Technikraumes erfolgt eine Versiegelung des Bodens, die auf Grund der geringen Dimensionierung jedoch vernachlässigt werden kann.

Es besteht eine minimale Gefahr, dass Schwermetalle aus der Stahlkonstruktion der Modultische oder des Zauns in das Erdreich übergehen. Die Wahrscheinlichkeit für analytisch nachweisbare Anreicherungen ist jedoch als extrem gering einzustufen.

Zudem werden die Flächen zukünftig weder gedüngt noch mit Pestiziden o.ä. behandelt.

Ergebnis

Es sind auf Grund der sehr geringen Versiegelung und der vorhandenen Beeinträchtigung Umweltauswirkungen geringer Erheblichkeit für dieses Schutzgut zu erwarten. Durch die Extensivierung der Grünflächen unterhalb der Module, sowie der Erhöhung des Grundwasserstandes ist mit einer Verbesserung des Moorkörpers zu rechnen.

9.2.1.3 Schutzgut Wasser

Auswirkungen

In die in und um den Geltungsbereich befindlichen Wasserbestände wird durch die Planung nicht eingegriffen.

Es erfolgt durch die Anlage einer Photovoltaikanlage nur ein Minimum an Versiegelung. Beeinträchtigungen für Grundwasserneubildung sowie Regenrückhalt können deshalb praktisch ausgeschlossen werden.

Ergebnis

Es sind durch die Versiegelung bei der Festsetzung von Verminderungsmaßnahmen im Bebauungsplan Umweltauswirkungen geringer Erheblichkeit für das Schutzgut Wasser zu erwarten.

9.2.1.4 Schutzgut Luft/Klima

Auswirkungen

Da kaum Versiegelung erfolgt, findet praktisch keine Reduktion von Kaltluftentstehungsgebieten statt. Die aufgeständerte Bauweise verhindert Kaltluftstau.

Auf Grund der Größenordnung des Baugebiets sind keine größeren Auswirkungen auf Klima und Luftaustausch zu erwarten.

In der Gesamtbilanz wird das Schutzgut Luft / Klima durch die Errichtung der geplanten Photovoltaikanlage positiv beeinflusst, da die Freisetzung von schädlichen Klimagasen, wie sie bei der konventionellen Energieerzeugung durch fossile Brennstoffe entstehen, verringert wird. Durch die Extensivierung der Flächen, sowie der angestrebten Wiedervernässung kann die Torfzersetzung und somit die Freisetzung von Treibhausgasen der entwässerten Moorböden erheblich reduziert werden.

Ergebnis

Es sind durch die Planung keine erheblich negativen Umweltauswirkungen für das Schutzgut Luft festzustellen. Für das Schutzgut Klima sind keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten.

9.2.1.5 Fläche

Auswirkungen

Durch die vorgesehene Änderung des Bauleitplanes gehen bislang landwirtschaftlich genutzte Flächen verloren. Da Nutzung als Sondergebiet jedoch zeitlich begrenzt ist, ist dieser Verlust nicht dauerhaft. Nach Rückbau der Anlage stehen die Flächen wieder für die Landwirtschaft oder andere Nutzungen zur Verfügung.

Ergebnis

Auf Grund der zeitlichen Begrenzung der Inanspruchnahme ist mit insgesamt gering erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche zu rechnen. Diese werde nach Rückbau der Anlage vollständig zurückgenommen.

9.2.1.6 Wirkungsgefüge zwischen den o.g. Schutzgütern

Die einzelnen Schutzgüter stehen unter einander in engem Kontakt und sind durch Wirkungsgefüge miteinander verbunden. So ist die Leistungsfähigkeit/ Eignung des Schutzgutes Boden nicht ohne die Wechselwirkungen mit dem Gut Wasser zu betrachten (Wasserretention und Filterfunktion). Beide stehen durch die Eignung als Lebensraum wiederum in Wechselbeziehung zur Pflanzen- und Tierwelt. Diese Bezüge sind bei den jeweiligen Schutzgütern vermerkt.

9.2.1.7 Schutzgut Landschaft / Erholung

Auswirkungen

Als Anlagebedingte Wirkung hat die Errichtung einer Photovoltaikanlage eine gewisse Veränderung des Landschaftsbildes im unmittelbaren Planungsumgriff zur Folge. Die Anlage stellt grundsätzlich ein landschaftsfremdes, technisches Element innerhalb der landwirtschaftlichen Fläche dar. Eine technische Vorprägung besteht im Bereich der Planung bereits durch die vorhandenen Freileitungen sowie bereits bestehenden Photovoltaikanlagen. Flächen mit besonderer Bedeutung für die Erholungsnutzung oder das Landschaftsbild werden nicht überplant.

Zur Einbindung der Landschaft im Nahbereich ist die Eingrünung der Anlage bedeutend. Hierfür werden auf Ebene des parallel aufgestellten Bebauungsplanes Hecken festgesetzt, die die Anlagenteile in die Landschaft einbinden und zur Gliederung der Landschaft beitragen. Zur Vermeidung einer optischen Fernwirkung bei Nacht wird auf Ebene des parallel aufgestellten Bebauungsplanes eine dauerhafte Beleuchtung der Anlage als unzulässig festgesetzt.

Störende Fernwirkungen, Blendwirkungen oder Reflexionen während des Betriebes der Anlage sind aufgrund der Lage und Ausrichtung der Anlage nicht zu erwarten. Zusätzlich wurde ein Gutachten über zu erwartende Blendung durch Sonnenreflexionen entlang der Kreisstraße ND 21 erstellt. Der Berechnung wurde einer Südost-Ausrichtung mit 158° Azimut und einem Neigungswinkel von 20° zugrunde gelegt. Diese Ausrichtung wird in den Festsetzungen des Bebauungsplans verankert.

Aus gutachterlicher Sicht ist eine Blendschutzmaßnahme zur Abschirmung der Reflexionen erforderlich. Der Blendschutz sollte am Anlagenteil 7 (Geltungsbereich 2) und Anlagenteil 8 (Geltungsbereich 1) entlang der im Modullageplan dargestellten Einfriedung südöstlich der Flur-Nrn. 2789/5 und 2790 sowie 2791 (Gemarkung Berg im Gau) auf einer Gesamtlänge von rund 209 m bzw. 282 m und mit einer Mindesthöhe von 4,00 m bzw. 4,80 m über Geländeoberkante errichtet werden.

Durch die Eingrünung der Anlage mit einer Hecke werden diese Auswirkungen zusätzlich vermieden.

Ergebnis

Aufgrund der Lage sind unter Berücksichtigung der geplanten Eingrünung und der Blendschutzmaßnahme durch die Planung nur mittel erhebliche Umweltauswirkungen für das Schutzgut Landschaftsbild zu erwarten.

9.2.2 Auswirkungen auf Erhaltungsziele und den Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes

Im direkten Umfeld der Planung befinden sich keine Natura-2000 Gebiete. Das nächstgelegene FFH-Gebiet ist Nr. 7233-373 „Donaumoosbäche, Zucheringer Wörth und Brucker Forst“, das sich etwa 505 m südwestlich der Fläche 2 befindet. Die Planung hat keine Auswirkung auf diese Gebiete.

9.2.3 Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

Auswirkung

Bei der Ausweisung von Sondergebieten (für Photovoltaik) im Umfeld bestehender Siedlungen ist in der Regel eine gewisse Auswirkung auf die dort lebende Bevölkerung gegeben. Meist entstehen nachteilige Auswirkungen in Form von Sichtbeeinträchtigungen bzw. Störung des Landschaftsbildes durch die errichteten Anlagenteile. Diese werden beim Schutzgut Landschaftsbild behandelt.

Beeinträchtigung von Siedlungsbereichen durch den Betrieb der Anlage wie Lärm, Erschütterung, oder Schwingungen sind auf Grund der Anlagenausführung und der angewandten Techniken nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten. Lärmemissionen entstehen auf Photovoltaikanlagen nur durch die verwendeten Transformatoren. Diese sind jedoch so gering, dass eine Belastung der in etwa 420 m Entfernung befindlichen Wohnbebauung nicht zu erwarten ist.

Baubedingt kann es durch die Bebauung kurzzeitig zu erhöhter Lärmentwicklung kommen. Diese ist jedoch vorübergehend und daher als gering erheblich einzustufen.

Ergebnis

Im Hinblick auf das Schutzgut Mensch sind lediglich gering erhebliche Belastungen zu erwarten. Beeinträchtigungen entstehen gegebenenfalls auf das Landschaftsbild. Diese werden beim Schutzgut Landschaftsbild getrennt behandelt.

9.2.4 Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Auswirkungen

Im Bereich des Flurstücks 2791 befindet sich folgendes Bodendenkmal:

D-1-7333-0031 „Siedlung vorgeschichtlicher Zeitstellung“

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes inkl. Der Ausgleichsflächen ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. BayDSchG 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren wird das BLfD die fachlichen Belange der Bodendenkmalpflege formulieren.

Auch wenn derzeit keine weiteren Bodendenkmäler bekannt sind, ist nicht auszuschließen, dass sich im Planungsgebiet oberirdisch nicht mehr sichtbare und daher unbekannte Bodendenkmäler befinden. Jegliche Form von Erdarbeiten birgt ein gewisses Risiko der Zerstörung von Bodendenkmälern. Da es sich bei der zu bebauenden Fläche um bereits von Landwirtschaft überprägte Flächen handelt und Abgrabungen im Bebauungsplan auf 0,50 m begrenzt werden, ist in dieses Risiko jedoch sehr gering.

Während der Bauarbeiten bei Erdarbeiten zu Tage kommende Metall-, Keramik- oder Knochenfunde sind umgehend dem Landratsamt oder dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zu melden. (Art. 8 DSchG)

Art. 8 Abs. 1 DSchG: Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet, dies unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichten sich auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks, sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen.

Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 DSchG: Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Ergebnis

Es sind durch die Bebauung keine erheblichen Auswirkungen für dieses Schutzgut zu erwarten

9.2.5 Auswirkungen auf die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern

Die Förderung von erneuerbaren Energien, wie im vorliegenden Fall der Solarenergie trägt grundsätzlich zur Vermeidung zum Klimaschutz bei. Durch die Nutzung von Sonnenstrom wird kein klimaschädliches CO₂ produziert und in der Gesamtbilanz die Reduktion von Emissionen erreicht.

Abfälle oder Abwässer fallen durch die Nutzung der Anlage nicht an.

9.2.6 Auswirkungen auf die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie

Da die vorliegende Planung zum Ziel hat, Baurecht für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu schaffen, trägt sie wesentlich zur Nutzung erneuerbaren Energien bei.

9.2.7 Auswirkungen auf die Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissions-schutzrechts

Als Übernahme aus dem Landschaftsplan gibt der Flächennutzungsplan überdies die Retentionsbereiche erhalten/schaffen durch Freihalten von Bebauung, Förderung durch Umwandlung von Acker zu Grünland bzw. Förderung durch Sukzessionsflächen, Förderung von Nass- und Feuchtstandorten bzw. Neuanlage von Kleingewässern. Erstaufforstung mit Einschränkung.

Windschutzpflanzungen/ Strukturanreicherung in offenen Donaumoosbereichen (außerhalb der Wiesenbrüterlebensräume) sowie Förderung der Anlage von extensiv bewirtschafteten Pufferstreifen an Gräben u. Bächen als Ziel vor.

Die geplante Eingrünung der Anlage durch Heckenstrukturen im Komplex mit Altgrasstreifen, die auf Ebene des Bebauungsplanes getroffenen Festsetzungen zum Schutz des Moorkörpers sowie die geplanten Pufferstreifen an Gräben entsprechen dieser Zielsetzung.

Wasser, Abfall- oder Immissionsschutzrechtliche Belange werden ebenfalls nicht berührt.

9.2.8 Auswirkungen auf die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht

überschritten werden

Durch die Nutzung der Fläche als Photovoltaikanlage entstehen keine Auswirkungen auf die Luftqualität im unmittelbaren Planungsbereich, da von der Anlage keine Luftemissionen ausgehen. Das geplante Vorhaben steht der Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität somit nicht entgegen.

9.2.9 Auswirkungen auf die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes

Die einzelnen Schutzgüter stehen unter einander in engem Kontakt und sind durch Wirkungsgefüge miteinander verbunden. So ist die Leistungsfähigkeit/ Eignung des Schutzgutes Boden nicht ohne die Wechselwirkungen mit dem Gut Wasser zu betrachten (Wasserretention und Filterfunktion). Beide stehen durch die Eignung als Lebensraum wiederum in Wechselbeziehung zur Pflanzen- und Tierwelt. Diese Bezüge sind bei den jeweiligen Schutzgütern vermerkt.

9.3 Beschreibung der Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung oder Ausgleich von erheblichen Umweltauswirkungen

9.3.1 Vermeidungsmaßnahmen bezogen auf die verschiedenen Schutzgüter

Konkrete Vermeidungsmaßnahmen werden erst auf Ebene des Bebauungsplanes festgesetzt.

9.3.2 Landschaftspflegerische Maßnahmen und Festsetzungen

Diese werden im Bereich des Geltungsbereichs auf Ebene des Bebauungsplanes festgesetzt.

9.3.3 Ausgleich unvermeidbarer Beeinträchtigungen / Eingriffsregelung

Auf die Schutzgüter Tier- und Pflanzenwelt, Landschaftsbild, Boden und Wasser hat der Bebauungsplan voraussichtlich unvermeidbare Beeinträchtigungen.

Die Eingriffsregelung wird im vorliegenden Fall nach dem Leitfaden 'Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft - Ergänzende Fassung', 2003 in Verbindung mit dem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen von 19.11.2009 durchgeführt.

9.3.3.1 Eingriffsermittlung

Die zu erwartenden Eingriffe, die konkrete Ermittlung von Eingriff und Ausgleich werden auf der Ebene des Bebauungsplanes nach „Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ (LfU, 2014) behandelt.

9.3.3.2 Ausgleichsermittlung

Die Deckung des Ausgleichsbedarfes soll durch die Anordnung von internen Ausgleichsflächen in den Randbereichen des Geltungsbereiches erfolgen. Durch die Anlage von lockeren Hecken und Altgrasbereichen werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild ausgeglichen und die Strukturvielfalt der Fläche erhöht. Maßnahmen zur Vermeidung und Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität sind in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde auf die im Umfeld vorkommenden Wiesenbrüter auszulegen.

Nähere Angaben zu geplanten Maßnahmen werden auf Ebene des Bebauungsplans gemacht.

9.4 Alternative Planungsmöglichkeiten

Auf Ebene des Flächennutzungsplanes wären alternative Planungsmöglichkeiten lediglich die Ausweisung von Sondergebieten an anderer Stelle im Gemeindegebiet oder Verzicht auf die Planung.

Potentielle Standorte für Photovoltaikanlagen ergeben sich aus dem Vorgaben des Landesentwicklungsprogrammes sowie Regionalplanes, den Förderbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und den natürlichen Gegebenheiten der einzelnen Flächen in Bezug auf Biotopausstattung, Ausrichtung und zu erwartende Sonnenstrahlung.

Laut Landesentwicklungsprogramm Bayern sollen Photovoltaik-, auf vorbelasteten Flächen errichtet werden. Von dem Anbindungsgebot gemäß LEP 3.3 (Z) werden Photovoltaik- und Biomasseanlagen in der Begründung zu diesem Gebot explizit ausgenommen. Somit ist eine Anbindung der Flächen an eine Siedlungseinheit nicht notwendig.

Nach der Novellierung des EEG aus dem Jahre 2021 können Freiflächenanlagen gefördert werden, wenn sich die Anlage auf Konversionsflächen aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung, entlang von Autobahnen oder Schienenwegen in einem Korridor von 200 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, wobei innerhalb dieses Korridors ein mindestens 15 m breiter Korridor freigehalten werden soll. Versiegelte Flächen oder Konversionsflächen sind im Gemeindegebiet der Gemeinde Berg im Gau in der gewünschten Größenordnung aktuell nicht verfügbar. Eine Autobahn oder Bahnlinie sind im Gemeindegebiet der Gemeinde Berg im Gau nicht vorhanden.

Unter der Voraussetzung, dass das jeweilige Bundesland eine entsprechende Verordnung erlässt, können außerdem Photovoltaikanlagen auf Acker- und Grünland in einem benachteiligten Gebiet gefördert werden. Das Bundesland Bayern hat am 7. März 2017 mit der Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen diese Voraussetzungen geschaffen. Das Gemeindegebiet Berg im Gau fällt vollständig in diese Förderkulisse. Mögliche Standorte für großflächige Photovoltaikanlagen können sich demnach im gesamten Gemeindegebiet Berg im Gau – unter Ausschluss von Waldgebieten, Schutzgebieten sowie bestehender und geplanter Bebauung – befinden. Dabei sind Bereiche außerhalb der Landschaftlichen Vorranggebiete zu bevorzugen.

Aufgrund des direkten Anschlusses an einen Solarpark bieten sich die gewählten Flächen für eine Landschaftsbildschonende Nutzung mit Photovoltaik an, es entstehen nur geringe Auswirkungen auf die Schutzgüter. Eine Vorbelastung besteht durch die bestehenden Freileitungen. Einen Standortvorteil bietet der direkte Anschluss an die bereits vorhandenen Photovoltaikanlagen. Aufgrund dieser Voraussetzungen sind aktuell keine besser geeigneten Flächen im Gebiet der Gemeinde Berg im Gau erkennbar.

Die Flächen werden vom BayLfU als grds. geeignet für den Bau von PV-Anlagen eingestuft, vgl. Bayerisches Landesamt für Umwelt, Präsentation „Umweltfachliche Grundlagen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Moorstandorten im Donaumoos“, Karte S. 22

<https://www.donaumoos-zweckverband.de/pv-analyse-lfu>

Die Wiedervernässung ist beabsichtigt.

Die Regierung von Oberbayern/ Höhere Landesplanungsbehörde, hat in ihrer Stellungnahme vom 30.07.2024 ausgeführt:

„Das Vorhaben ist hinsichtlich der Ziele zum Klimaschutz, zum verstärkten Ausbau regenerativer Energien sowie der regionalen Versorgung mit ebendiesen grundsätzlich zu begrüßen (vgl. Art. 6 Abs. 2 Nr. 4 BayLplG, LEP 1.3.1 (G), LEP 6.2.1 (Z)). Es trägt als dezentrale Energieerzeugung der räumlichen Zusammenführung mit den Verbrauchern bei.

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden (LEP 6.2.3 (G)). Aufgrund des bereits bestehenden Solarparks Schornhof ist der Landschaftsraum entsprechend vorgeprägt. Nördlich und westlich grenzen bestehende und geplante Freiflächen-Photovoltaikanlagen an das Plangebiet. Außerdem quert eine 110 KV-Leitung von Nord nach Süd den im Norden befindlichen Geltungsbereich 6. Diese Umstände können als entsprechende Vorbelastung mit technischen Anlagen gewertet werden.“

Die Bewirtschaftung der Flächen unterlag infolge starker Vernässung bereits bislang erheblichen Einschränkungen, die Flächen sind bereits jetzt für die landwirtschaftliche Nutzung nur noch bedingt geeignet, ihre Schutzwürdigkeit ist entsprechend herabgesetzt.

Die vorliegende Planung befindet sich auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche im benachteiligten Gebiet ohne besondere Bedeutung für das Landschaftsbild oder sonstige Schutzgüter. Die Fläche ist für eine rentable Nutzung als Photovoltaikanlage gut geeignet.

Da die Photovoltaikanlage nach Beendigung der Nutzung vollständig rückzubauen ist, stehen die Flächen damit für bisherige oder anderweitige Nutzungen zur Verfügung.

10. Zusätzliche Angaben

10.1 Beschreibung der Methodik und Hinweise auf Schwierigkeiten und Kenntnislücken

Da es sich bei der Planung um einen relativ überschaubaren Bereich zur Sondernutzung mit Photovoltaikanlagen handelt, sind weiträumige Auswirkungen auf den Naturhaushalt unwahrscheinlich. Daher ist der Untersuchungsbereich auf den Geltungsbereich des Bebauungsplans und die direkt angrenzenden Bereiche begrenzt. Eine Fernwirkung ist bei den meisten umweltrelevanten Faktoren nicht zu erwarten. Ausnahmen bilden lediglich das Landschaftsbild sowie Immissionen. Der Untersuchungsraum ist bei diesen Schutzgütern entsprechend weiter gefasst.

Die Bestandserhebung erfolgt durch ein digitales Luftbild, das mit der digitalen Flurkarte überlagert wurde.

Darüber hinaus sind Daten des Fachinformationssystem Naturschutz (FIS-Natur), des Arten- und Biotopschutzprogramms, des Bodeninformationssystem Bayern, des Bayerischen Denkmaltlas, des Geotopkatasters Bayern, des Regionalplanes und Landesentwicklungsprogrammes, u.ä. ausgewertet worden.

Die vorliegenden aufgeführten Rechts- und Bewertungsgrundlagen entsprechen dem allgemeinen Kenntnisstand und allgemein anerkannten Prüfungsmethoden. Schwierigkeiten oder Lücken bzw. fehlende Kenntnisse über bestimmte Sachverhalte, die Gegenstand des Umweltberichtes sind, sind nicht erkennbar.

Für die Beurteilung der Eingriffsregelung wurde der Bayerische Leitfaden in Verbindung mit dem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen von 19.11.2009 verwendet. Als Grundlage für die verbal argumentative Darstellung und der dreistufigen Bewertung sowie als Datenquelle wurden die Flachlandbiotopkartierung, der Flächennutzungs- und Landschaftsplan sowie Angaben der Fachbehörden verwendet.

Es bestehen keine genauen Kenntnisse über den Grundwasserstand.

Da eine objektive Erfassung der medienübergreifenden Zusammenhänge nicht immer möglich und in der Umweltprüfung zudem auf einen angemessenen Umfang zu begrenzen ist, gibt die Beschreibung von Schwierigkeiten und Kenntnislücken den beteiligten Behörden und auch der Öffentlichkeit die Möglichkeit, zur Aufklärung bestehender Kenntnislücken beizutragen.

10.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen)

Die Maßnahmen auf den Ausgleichsflächen sind nach ihrer Fertigstellung an die Untere Naturschutzbehörde, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen zu melden und ein gemeinsamer Abnahmetermin zu vereinbaren.

Im Anschluss ist die Entwicklung der Flächen durch regelmäßige, mindestens jährliche Kontrollen zu überwachen und die Pflege gegebenenfalls anzupassen.

10.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Für einen Geltungsbereich von insgesamt ca. ca. 67,10 ha wird die Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Berg im Gau im Parallelverfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Schornhof III“ durchgeführt.

Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen:

Schutzgut	Baubedingte Auswirkungen	Anlagebedingte Auswirkungen	Betriebsbedingte Auswirkungen	Ergebnis
Mensch / Gesundheit	geringe Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	gering
Tiere und Pflanzen	geringe Erheblichkeit	mittlere Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	gering
Boden	geringe Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	gering
Wasser	geringe Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	geringe Erheblichkeit	gering
Luft / Klima	nicht betroffen	nicht betroffen	nicht betroffen	nicht betroffen
Landschaft/ Erholung	gering Erheblichkeit	mittlere Erheblichkeit	mittlere Erheblichkeit	mittel
Kultur- und Sachgüter	nicht betroffen	nicht betroffen	nicht betroffen	nicht betroffen

Es sind von der Planung keine wertvollen Lebensräume betroffen. Vermeidungsmaßnahmen verringern die Eingriffe in den Natur- und Landschaftshaushalt, so dass die ökologische Funktionsfähigkeit des Landschaftsraumes erhalten bleibt.

Dauerhafte Beeinträchtigungen werden lediglich für das Schutzgut Landschaftsbild erwartet, die jedoch unter Berücksichtigung der Minimierungsmaßnahmen in Kauf und auf Grund der Vorbelastung genommen werden können.

Durch grünordnerische und ökologische Festsetzungen für den Geltungsbereich sowie durch die Bereitstellung von Ausgleichsflächen wird eine ausgeglichene Bilanz von Eingriff und Ausgleich erzielt.

10.4 Anhang / Anlagen

- Quellen :
- BAYERISCHES GEOLOGISCHES LANDESAMT
(1981 Hrsg.):
Geologische Karte von Bayern 1:500.000
München
- BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND
UMWELTFRAGEN:
Bauen im Einklang mit Natur- und Landschaft: Ein Leitfaden (Ergänzte
Fassung).
München 2003
- BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT:
Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-
Freiflächenanlagen
Augsburg, 2014
- MEYNEN, E und SCHMIDTHÜSEN, J. (1953):
Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands.
Verlag der Bundesanstalt für Landeskunde, Remagen.
- OBERSTE BAUBEHÖRDE IM BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUM DES INNEREN:
Der Umweltbericht in der Praxis. Leitfaden zur Umweltprüfung in der
Bauleitplanung.
München
- SEIBERT, P.:
Karte der natürlichen potentiellen Vegetation mit Erläuterungsbericht.
1968
- BAYERISCHES FACHINFORMATIONSSYSTEM NATURSCHUTZ (FIN-WEB)
Stand 20.11.2023
- PLANUNGSVERBAND INGOLSTADT:
Regionalplan Region 10 – Ingolstadt
- RAUMINFORMATIONSSYSTEM BAYERN (RISBY ONLINE)
Stand 20.11.2023
- UMWELTATLAS BAYERN (Internetdienst)
Stand 20.11.2023